

Wer oder was sind die MBI?

Die MBI – Mülheimer Bürgerinitiativen – sind eine kommunale Wählergemeinschaft. Sie sind parteiunabhängig und werden sich nicht an Koalitionen mit anderen Fraktionen im Rat beteiligen. Es gibt bei den MBI keinen Fraktionszwang und kein imperatives Mandat. Gegründet wurden die MBI 1999 zu den Kommunalwahlen und sind seitdem als Fraktion im Rat und allen 3 Bezirksvertretungen der Stadt Mülheim vertreten. Bei den Wahlen in 2009 erhielten die MBI 11,6% der Stimmen und damit als drittstärkste Fraktion sieben Mandate, bei den Wahlen 2014 mit 10,1% „nur“ noch viertstärkste Fraktion.

MBI – Erfolgsgeschichte trotz schwierigster Bedingungen

Bürgerinitiativen (BI's) entstehen immer dann, wenn Bürger/innen sich von Parteien und Ämtern übergangen oder im Stich gelassen fühlen. In Mülheim bildeten sich seit den 80er Jahren deutlich mehr BI'n als in Nachbarstädten.

Filz, verdeckte Korruption und Selbstherrlichkeit in Verwaltung und Politik sowie häufig blindgläubige Investorenhörigkeit haben in unserer Stadt seit den 90er Jahren Blockaden und Fehlentwicklungen erzeugt, die Mülheim im Vergleich zu Nachbarstädten ins Hintertreffen brachten trotz zum Teil viel günstigerer Bedingungen. Viele dieser Fehlentwicklungen gingen und gehen letztlich auf Kosten der Schwächeren bzw. der Allgemeinheit und zu Lasten von Umwelt und Gesundheit.

Auch die schwarz-grüne Koalition der 90er Jahre hatte daran nichts geändert und außer dem Baustopp der Emmericher Straße wurde nichts Wesentliches erreicht. Nachdem die MBI 1999 mit drei Mandaten in den Rat einzogen und in der Folgezeit auf Filz und Korruption, Geldverschwendung und Missstände in der Stadtplanung hinwiesen, fehlte es nicht an Versuchen, die MBI zu blockieren, zu diffamieren und an der Arbeit zu hindern: aussichtslose Strafanzeigen, häufig feindselige Presse, rüde Umgangsformen in den Ausschüssen, Geschäftsordnungstricks, Herauskaufen von Mandatsträgern wie Yassineuswuf.

Trotz aller Widerstände haben die MBI zahlreiche Themen aufgegriffen und in Rat, Bezirksvertretungen und Ausschüssen eingebracht. Viele wichtige Informationen konnten über die eigene Internetseite, Info-Stände und die MBI-Zeitung „MBI informiert“ in die öffentliche Diskussion gebracht werden. Durch eigene Veranstaltungen mit bekannten Experten (z.B. Rügemer, Monheim, Vertreter von Mehr Demokratie) konnten Diskussionen unabhängig von Verwaltung und anderen Fraktionen geführt werden. Teils ergaben sich gerade aus den Veranstaltungen die Gründungen neuer Bürgerinitiativen. Insbesondere waren die MBI auch wesentlich an mehreren Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden beteiligt, haben diese zumeist initiiert und nach Kräften unterstützt. Vor allem aber halfen die MBI bei der Neugründung oder Wiederbelebung von Bürgerinitiativen wie

- Zuletzt die BI “Stoppt den Renditejagd am Siepental in Mülheim-Menden”, mit der zusammen eine unverträgliche Bebauung am Oesterwindweg verhindert wurde

- Auch zusammen mit der BI „Schützt Menden“ konnte vor Jahren die Bebauung der Obstwiese am Ortseingang erfolgreich verhindert werden
- Auch bei der BI „Frische Luft für Mülheim“, die eine Bebauung der Äcker Tilsiter Str./Oppspring zumindest über Jahre verzögern und ein wenig reduzieren konnte, waren die MBI bei der Gründung und jahrelangem Widerstand aktiv beteiligt
- Die „Als zum dritten Mal der Versuch gestartet wurde, den Acker zwischen Tinkrath-, Velauer und Diepenbeck zu vergolden, halfen die MBI bei der Wiederbelebung der BI „Tinkrathstr.“, die aktiv und engagiert das Projekt verzögern konnte, so dass es auch nach 4 Jahren trotz der Mehrheit von SPD/CDU/Grüne im Rat dafür nicht umsetzbar aussieht
- Die MBI initiierten z.B. die Gründung der BISS, die mit einem sehr erfolgreichen Bürgerbegehren die Schließung des Freibads in Styrum rückgängig machen konnte.
- Die Gründung der BI Hexbachtal (städteübergreifend mit Essen und Oberhausen) konnte das Hexbachtal vor den zerstörerischen Kanalbauplänen der Essener Stadtwerke retten.
- Die BI Contrapid z.B. trug dazu bei, dass das Prestigeprojekt *Metrorapid* schneller in sich zusammenbrach. Ergebnis: Keine jahrelangen Großbaustellen und unbezahlbare Vorleistungen für unsere Stadt.
- Die BI „Emmericher Str.“ und die BI „Kein Fallwerk am Speldorfer Wohngebiet“ konnten aufgrund jahrelanger intensiver Zusammenarbeit mit den MBI ihre Ziele durchsetzen: Statt der Emmericher wurde die Weseler Str. ausgebaut und das hochgradig störende Fallwerk wurde an die Timmerhellstr. verlagert
- Die Gründung der BI „Historische Gartenstadt Heimaterde“ konnte die zerstörerischen Baupläne von Thyssen-Krupp in den Gärten der Heimaterde großteils blockieren.
- Die Gründung der BI „Pro Mülheim“ für ein Bürgerbegehren gegen die Ruhrbania-Ruhrpromenade hat die Information und Diskussion und Kritik eröffnet und zeigte erstmals die breite Ablehnung bei den Bürgern gegen das zerstörerische und sündhaft teure Prestigeprojekt von OB Mühlenfeld (SPD und Dezernentin Sander (Grüne)).
- Die BI „Mülheim Bleibt Unser“ mit dem erfolgreichen Bürgerentscheid in 2005 und dem zweiten Bürgerentscheid in 2007 gegen weitere Privatisierung von Daseinsvorsorge
- Die BI „Gaspreise runter“, die erfolgreich gegen die überdimensionierten damaligen Gaspreiserhöhungen der medl kämpfte und bei vielen Kunden die Einbehaltung der Erhöhungsbeträge durchsetzte
- Die BI „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ wurde von den MBI gegründet, als die VHS 2014 einer Sparkassenakademie geopfert werden sollte. Jahrelanger aktiver Widerstand gegen diverse Versuche, die inzwischen denkmalgeschützte VHS (von den MBI beim Landeskonservator beantragt) von dem hochattraktiven Grundstück entfernen zu können, gipfelte im Bürgerentscheid vom 6. Okt. 2019 mit der großen Mehrheit für die Wiederinbetriebnahme. Noch blockieren Verwaltung und Ratsmehrheit die Umsetzung.
- u.v.m. wie u.a. BI „Rettet den Auberg“ oder BI „Fulerumer Feld“ oder, und, oder

Bei vielen anderen BI's, Schutzgemeinschaften oder Initiativen einzelner Bürger oder Gruppen konnten die MBI oft erfolgreich informieren und beraten, wodurch in vielen Beispielen entweder das Schlimmste verhindert oder verträglichere Lösungen gefunden werden konnten. Einige von den MBI unterstützte Initiativen wurden allerdings durch Arroganz und Sturheit der Stadt vorerst blockiert. Die MBI haben sich nicht mit den Anträgen und Anfragen in städtischen Gremien begnügt, wo diese oft von der Tagesordnung gefegt und meistens niedergestimmt wurden (um dann oft nach einer kleinen oder längeren Pause als Antrag einer der großen Fraktionen wiederaufzutauchen). Sie haben ihre Anliegen (bzw. die Anliegen der Stadt und ihrer Bürger) auch beim Regierungspräsidenten, bei der Landesregierung, bei der EU-Kommission und teils auch vor Gericht vertreten.

Dass diese Arbeit nicht immer erfolgreich war, ist auch kaum anders zu erwarten, da die MBI (wie auch viele andere Organisationen), gegen einen mächtigen Apparat, verfilzte Strukturen und immense finanzielle Interessen antreten. Trotzdem und gerade deshalb gilt immer noch:

„MBI – Nötig wie nie!“

**Mülheim muss sich als Teilstadt der Metropole Ruhr verstehen!
Nur ein radikaler Abbau der verschwenderischen, ineffizienten
Kirchturmspolitik hilft in der schweren Ruhrgebietskrise:**

Das Ruhrgebiet auf dem Weg zum "rustbelt"?

Die Zeichen für das Ruhrgebiet standen schon vor Corona auf Sturm. Doch der lockdown als Pandemiebekämpfung hat noch einmal alle Probleme von Deutschlands größtem Ballungsraum mit seinen über 5,1 Millionen Menschen deutlich verschärft. Die Krise der Automobilindustrie trifft viele Zuliefererfirmen im Revier hart, der größte verbliebene Stahlkonzern Thyssen-Krupp zerfällt im Affentempo, der Karstadt-Kaufhof-Kahlschlag ist auch für die ohnehin kriselnden Ruhrstädte verheerend, der Kohleausstieg schlägt ebenfalls voll ins Kontor u.v.m.. Die Haushaltslage aller Teilstädte der Metropolregion Ruhr stürzt folgerichtig ins Bodenlose, zumal der Bund die Altschulden nicht übernehmen wollte.



Finanziell am schlechtesten geht es Mülheim, dem unangefochtenen Spitzenreiter bei Pro-Kopf-Verschuldung und mit sogar einer heillosen auch bilanziellen Überschuldung

Natürlich sind auch die MBI dafür, dass der hoffnungslos überschuldeten Stadt Mülheim geholfen werden muss, u.a. mit dem Stärkungspakt und noch mehr mit einer Art Schuldenerlass. Dies aber wird wirkungslos verpuffen und alle Hilfen in einem inzwischen riesigen Fass ohne Boden verschwinden, wenn "Weitermachen wie gehabt" vor Ort praktiziert wird, was das haftende Land auf Dauer sicher nicht zulassen kann.

Ob mit oder ohne Sparkommissar: Der lange überfällige Einstieg auch in Mülheim in ernsthaftere Befassung mit Möglichkeiten für mittel- und längerfristige Strategien von Haushaltskonsolidierung muss beginnen. Und dabei muss ein Hauptschwerpunkt liegen im

„Radikaler Abbau der verschwenderischen, ineffizienten Kirchturmspolitik“

Wirtschaftsboom, Niedrigstzinsen und sprudelnde Steuereinnahmen hatten im letzten Jahrzehnt auch den meisten deutschen Städten Überschüsse beschert. Doch diese Periode ist mit Corona endgültig zu Ende, im Ruhrgebiet sogar noch einschneidender durch die rasanten Änderungen u.a. im Auto-, Energie- und Stahlsektor. Dieses endgültige Ende der Boomphase hat das gesamte Ruhrgebiet bereits empfindlich getroffen und die Konkurrenz zwischen den Kirchtürmen (real nur Stadtteile der Metropole) wird noch stärker befeuert werden als zuvor, ob um Firmenansiedlungen, Zuzug finanzkräftiger Bewohner, Ausweisung von Grünflächen für Eigenheimsiedlungen, Einkaufs- und Freizeitanlagen, Landes- oder Bundeszuschüsse, Lehrer, Erzieherinnen, Altenpfleger u.v.v.m.

In der Krise und Rezession des gesamten Wirtschaftsstandorts Deutschland würde die **Kannibalisierung der Ruhrstädte untereinander** fast das gesamte bereits strukturschwache Revier richtig in Schwierigkeiten bringen, wenn nicht bald eine andere Politik einsetzt. Mit immer mehr sog. abgehängten Stadtteilen im größten deutschen Ballungsraum kommt dann folgerichtig auch ganz NRW in Schieflage. Auch deshalb muss die Landesregierung, egal welcher Couleur, mit den Alibi-Kampagnen wie der lächerlichen Ruhrkonferenz aufhören und aktiv das Heft in die Hand nehmen, um die eigenbrötlerischen Teilstädte zu Arbeitsteilung und Fusionierung von Teilbereichen zu zwingen. Nur darin wird bereits mittelfristig die einzig wirkliche Möglichkeit bestehen, dass auch das abgewirtschaftete Mülheim wieder Perspektive bekommt, wenn auch nicht mehr als vollständig autonom handelnder Kirchturm.



Beim ÖPNV pfeifen es die Spatzen bereits von allen Dächern, dass der sehr teure und ineffiziente Nahverkehr nur noch über gemeinsame Verkehrsgesellschaften und einen gemeinsamen Nahverkehrsplan entwickelt und als Standortnachteil verbessert werden kann.

„Natürlich“ kann auch beim Personal kurzfristig nicht wirklich in größerem Maße gekürzt werden. Deshalb müssen unverzüglich vorher die zukünftigen

Aufgabenbereiche definiert werden. Und hier gilt genau wie beim ÖPNV, dass nur der schnellstmögliche Umstieg auf städteübergreifende Arbeitsteilung innerhalb der Metropole Ruhr auch finanziell erfolgversprechend sein wird. Dass die sprichwörtliche Filz-, Vettern- und Cousinenwirtschaft in der einstigen Herzkammer der SPD bei der Gelegenheit genauso reduziert werden könnte wie die unüberschaubar vielen Ausgliederungen und GmbHs aller Kirchtürme mit all ihren teuren Wasserköpfen, Aufsichtsräten, Beratern usw., was auch in Mülheim dringend notwendig wäre, angefangen nicht zuletzt bei Wirtschaftsförderung, Veranstaltungsmanagement uswuf..

Doch wie gesagt: Wenn auch diese Landesregierung sich nicht traut, in der Richtung aktiver zu werden, wird sich das Ruhrgebiet in weiten Teilen zum Riesenproblem entwickeln. Und Mülheim ist wie so oft Vorreiterstadt.

Vor Corona hatte Mülheim kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Doch nun treffen verminderte Einnahmen auf noch zusätzlich größere Ausgaben – eine haushaltsmäßige Hyperkatastrophe! Reale Ausgabenkürzung in großem Maße, wie die Haushaltslage es erfordern würde, ist aber auf der bisherigen Basis nicht wirklich möglich und noch weniger sinnvoll, will man das städtische Leben nicht ganz abmurksen. **Weitere zusätzliche Einnahmensteigerungen über Grund-, Gewerbesteuer, Gebühren und Abgaben wird nur noch wenig einbringen, aber auf Dauer kontraproduktiv das Gegenteil bewirken und sich Stück für Stück zu einem Teufelskreis entwickeln.**

Was tun in der schwierigen Situation einer Rezession??

Erste Vorbedingung: Die Realitäten zur Kenntnis nehmen!

Die Stadt Mülheim ist mehr als pleite, die Privatisierung inkl. der PPP-Geschäfte bereits sehr weit fortgeschritten, die Innenstadt auch wegen Ruhrbania am Boden, die Verkehrsführung misslungen, der ÖPNV lange vernachlässigt und nun auch noch vor einem fast unbezahlbarem Sanierungsstau, der Filz in verschiedenen Farben, meist rot, hat sich wie Mehltau wieder stärker über fast alle Bereiche der Stadt gelegt und zu allem Überfluss fühlt die älter gewordene deutschstämmige Bevölkerung sich immer mehr bedroht von kriminellen Abzockern auf breiter Front in fast allen Dingen des Alltags (die Stadt selber inbegriffen), von Einbruchserien, von Mietnomaden u.ä., von Zuwanderung aus aller Herren (und Damen) Länder, von immer mehr Zerstörung oder Verkauf ehemaliger Identifikationspunkte mit ihrer Heimatstadt (Stadtbad und Gartendenkmal Ostruhanlagen, Jugendherberge, Gebäude und Bäume Musikschule, Platz der deutschen Einheit zwischen Rathaus und Bücherei, Landschaftsbild Oppspring/Tilsiter Str./Schlippenweg, Aufgang Mausefalle zum Kirchengügel und auch noch Teile des Auberg). Das Denkmalsterben an Löh- und Auerstr., Scheffelstr. bis Troostsche Weberei, hoffentlich nicht auch noch die einzigartige, denkmalgeschützte VHS in der MüGa geht weiter. Nur mit viel Aufwand konnten engagierte Bürger die denkmalgeschützte Jugendstilhalle in Broich, die Alte Dreherei, und die einzigartige Freilichtbühne nach jahrelanger Vernachlässigung erfolgreich wieder mit Leben füllen, in beiden Fällen mit tatkräftiger MBI-Unterstützung.

In der fast ausweglosen finanziellen Lage muss die Stadt auch kurzfristig und unverzüglich beginnen, die gesamten Prioritäten neu zu definieren. Die Zeit der Geschenke, Hilfen und Sondervergünstigungen für die vielen Corona-Geschädigten wird nur noch kurze Zeit weiterhin möglich sein. Gleichzeitig gilt es, den für schwere Zeiten typischen Krisengewinnlern nicht auf den Leim zu gehen, wenn sie die noch verbliebenen attraktivsten Grundstücke, Gesellschaften oder Aufgaben der Daseinsvorsorge haben wollen und dann immer erpresserisch die katastrophale Finanzlage als Begründung dienen wird. Deshalb muss für eine Zukunftsfähigkeit der Stadt gelten:

Zweite Vorbedingung:

Schutz des Bestandes und wieder größerer Einfluss der Stadt in allen Bereichen der Daseinsvorsorge und der Identifikation der Bürger mit bestimmten Gebäuden, Einrichtungen, Denkmälern, Grün- und Erholungsflächen usw.

Als wichtigstes Projekt wird dabei der Rückkauf von Anteilen am RWW anstehen, was durch Verkauf von RWE-Aktien bezahlt werden könnte. Seit kurzem gehören 80% des RWW nun zu EON. Der Energieriese zählt das lebenswichtige Wasser nicht zu seinen Schwerpunkten.

Schwieriger wird es sein, die anderen Projekte der Teilprivatisierung (MEG, medl, SEM, SWB usw.) und die unzähligen PPP-Projekte (Schulen, 2 Feuerwehre, Medienhaus, stadtgeschichtliches Museum, Haus der Wirtschaft, etliche KiTas) wieder unter alleinige städtische Regie zu bekommen. Nur dadurch aber würden feste Einnahmen für Pflichtaufgaben dauerhaft und vollständig bei der Stadt verbleiben.

Ein wichtiger, nicht finanziell direkt messbarer Schwerpunkt von sinnvoller Stadtpolitik muss es sein, den Bürgern ihre Identifikationspunkte mit ihrer Stadt zu erhalten. Dazu gehören u.a. wichtige Naherholungsgebiete wie Auberg, Winkhauser- und Hexbachtal, Raffelberg, Rumbachtal u.v.m.. Wenn wie durch Ruhrbania oder etliche Bauprojekte immer mehr Schönheiten der einst „sympathischen Stadt an der Ruhr“ an Immobilienspekulanten gingen, so litt das „Heimatgefühl“ bereits beträchtlich, was dem Zusammenhalt nicht dienlich ist.

Hohe Prioritäten der Stadtpolitik der kommenden Jahre aus MBI-Sicht

Nach jahrelang sinkenden Einwohnerzahlen wuchsen diese mit der massiven Zuwanderung seit 2013/14 deutlich. Mülheim als NRW-Großstadt mit dem höchsten Altersdurchschnitt hat durch die rasant gestiegene Zahl von Kindern eine zweite demographische Herausforderung zu bewältigen. Zu der Riesenaufgabe von mehr Seniorengerechtigkeit über verbesserte Pflegemöglichkeiten, barrierefreies Bauen u.v.m. (im Kapitel Sozial- und Altenpolitik) kommt nun die dringend notwendige Fokussierung auf die Schul- und Bildungspolitik:

I.) Mülheim braucht die 4. Gesamtschule und eine Erweiterung des Grundschulangebots!

Der Bildungsentwicklungsplan aus 2011 ist völlig überholt, weil seit 5,6 Jahren die Geburten- und Schülerzahlen aufgrund massiver Zuwanderung rasant steigen, anders als vor 2011 noch prognostiziert. KiTas und Grundschulen leiden bereits deutlich, denn zusätzlich zu Raumproblemen sind sie mit immer neuen Herausforderungen von Inklusion und Integration betraut worden. Absehbar werden dieselben Probleme zusehends in die weiterführenden Schulen hineinwachsen, von dem seit Jahren bestehenden großen Mangel an Gesamtschulplätzen, was insbesondere bei den jährlich weit über 100 abgewiesenen Anmeldungen an der Gustav-Heinemann-GS deutlich wird, und der Rückkehr der Gymnasien zu G 9. Aus all den Gründen heraus muss dringend ein neuer Schulentwicklungsplan aufgestellt werden, was die MBI seit Jahren fordern.

- Die MBI beantragten bereits im Rat am 10.3.2016 **einen Grundsatzbeschluss zur Neuaufstellung des Schulbedarfsplans. Der MBI-Antrag wurde aber von SPD, CDU und Grünen von der TO des Rates gestimmt!**
- Dann erneut: MBI-Antrag für den Rat der Stadt am 11.4. 2019, damals verschoben in den Bildungsausschuss am 27.05.19 zur **Aufstellung eines den stark veränderten Voraussetzungen entsprechenden neuen Bildungs- und Schulentwicklungsplans. Dieses Mal stimmten endlich alle dafür, doch erst einmal sollte ein Gutachten bestellt werden.**

Der Handlungsbedarf ist nun seit Jahren zunehmend akuter geworden. Die eklatanten Versäumnisse insbesondere des vorherigen Dezernenten Ernst (SPD) holen die Stadt jetzt ein. Nachfolger und CDU-OB-Kandidat Buchholz sagte bei seiner Wahl am 4. Juni: *„Sollte das Gutachten zur Bildungsentwicklungsplanung, wie vermutet, den Bedarf von neuen Schulen ergeben, so Buchholz, könne er sich eine solche gut auf dem Areal der VHS in der MüGa vorstellen oder auf dem Tengelmann-Areal in Speldorf.“* Herr Buchholz ist der



zuständige Dezernent für Bildung und Kultur. Deshalb erstaunt seine Aussage, denn sie ist bzgl. des VHS-Areals weder sinnvoll, noch realistisch! (Mehr im Kapitel VHS: Bürgerentscheid umsetzen ohne Wenn und Aber!)

Es ist unabhängig davon überfällig, unverzüglich die Diskussion auch um potenzielle Schulstandorte ernsthaft anzugehen und weniger nebenbei mal für den Wahlkampf

Luftnummern aus dem Hut zu ziehen!

Über einen möglichen Standort auf dem Tengelmanngelände muss man dringend mit den neuen Eigentümern sprechen, denn das Gelände wäre durchaus geeignet und sinnvoll! Aber es darf daneben auch kein weiteres städtisches Schulgelände mehr verkauft werden, wie einst beschlossen!

Das betrifft insbesondere das Schulgrundstück am Blötterweg (immer noch im Verkaufsprogramm des Immobilienservice trotz laufender Grundschule!) und das Gelände an der Meißelstraße, wofür bereits ein B-Plan zur Umwandlung in Wohnbaugelände aufgestellt wurde.

Auch die gesamte demographische Entwicklung erfordert dringend verbindlichere städteübergreifende Planung, um große, neue Herausforderungen in Senioren- und Bildungspolitik zumindest halbwegs verträglich meistern zu können.

II.) Umsetzung des Bürgerentscheids zur VHS-Wiederinbetriebnahme ohne Wenn und Aber!



Am 6. Okt. entschied die große Mehrheit beim Bürgerentscheid, dass die VHS wieder in das bestens geeignete, denkmalgeschützte Gebäude in der MüGa zurückverlagert werden muss. Seit über 1 Jahrzehnt besteht die Notwendigkeit der Brandschutzsanierung der unter Denkmalschutz stehenden VHS an der Bergstraße, doch jahrelang wurden dafür eingestellte Gelder nicht genutzt. Mit der angebotenen für die Stadt kostenfreien Unterstützung beim Brandschutz durch den Architekten der VHS, Dipl. Ing. Dietmar Teich, könnte das möglich sein. Doch die Stadt lehnt das Angebot von Herrn Teich barsch und penetrant ab. All das sind

Ausschnitte aus dem Riesenskandal beim Betreiben der Stadt zur Zerstörung eines einstigen highlights der Stadt mit dem Nachteil, auf einem hochattraktiven Grundstück zu sein.

Überfallartig wurde die VHS in der Woche der Bundestagswahl 2017 geräumt und steht seither leer. Als Interimsgebäude wurde schnell das ex-AEG-Fabrikgebäude Aktienstr. für teures Geld angemietet, obwohl wenig tauglich und unter Coronabedingungen sogar ungeeignet. Angebot und Qualität der Mülheimer Ersatz-VHS ist folgerichtig rapide gesunken. Dieses Absinken des Niveaus der Mülheimer VHS eher auf den Stand einer kleineren Mittelstadt in der Provinz ist umso bedenklicher, weil **die Anforderungen an VHS in einer Großstadt, insbesondere im kriselnden Ruhrgebiet, in den ganzen letzten Jahren rapide gestiegen sind, ob es sich um Digitalisierung, Integration oder Demokratieförderung handelt. Mit den gravierenden Arbeitsplatzverlusten nach der Coronakrise wird die Bedeutung von VHS noch einmal deutlich steigen für Umschulung und Weiterbildung, will die Stadt dabei den nötigen Einfluss haben. Noch ist nicht alles zu spät, das aber nur, wenn unverzüglich die bewährte VHS in der MüGa wieder instand gesetzt wird!**

III.) Mülheim als seniorenfreundliche Modellstadt Sozial- und Altenpolitik: Dem Sozialabbau entgegentreten

Die MBI treten dafür ein, dass sich Politik und Verwaltung verstärkt mit den Folgen der Überalterung vor Ort auseinandersetzen. Die sich abzeichnende Altersstruktur in Mülheim muss nach unserer Auffassung als eine Chance begriffen werden, um **neue und innovative Konzepte für eine kommunale Seniorenpolitik** zu entwickeln.

Bei allen Konzepten und Maßnahmen in der gesamten Sozial- und Altenpolitik der nächsten Jahre werden die z.T. verheerenden Auswirkungen der Corona-Maßnahmen ein Schwerpunkt sein müssen, denn die sozial Schwächsten wurden zumeist am stärksten getroffen. Die gesamte Sozialpolitik wird also mehr Sensibilität erfordern als in den vergangenen Jahren.

- Die MBI fordern zuallererst, dass die Verwaltung eine Armutsprognose für Mülheim aufgrund der Reformauswirkungen und der demographischen Entwicklung erstellt und regelmäßig aktualisiert. Hieraus ist der soziale Handlungsbedarf zu entwickeln.

Da sich in Mülheim die Langzeitarbeitslosigkeit inzwischen dem landesweiten Trend anpasst und kontinuierlich steigt, werden große soziale Probleme auf die Stadt zukommen. Die Folgen werden u. a. eine verminderte Kaufkraft, gesteigerte Altersarmut und Überschuldung sein. Fehlende Ausbildungsplätze in der Region schaffen zusätzlich eine komplett neue Armutsgeneration. Die strukturellen Schwächen in der gesamten Ruhrgebietsregion, insbesondere in Mülheim, sorgen für eine Altersstruktur mit extrem hohem Seniorenanteil. Die Überschuldung der Stadt wird, ohne eine Umkehr von der jetzigen Politik, zielsicher in die kommunale Handlungsunfähigkeit führen.

Die wichtigste sozialpolitische Forderung ist die Erweiterung der kommunalen Handlungsfähigkeit über die sozialen Pflichtaufgaben hinaus. MBI-Forderungen im Einzelnen:

- Das Optionsmodell hat sich in Mülheim bezüglich der Gruppe der

Langzeitarbeitslosen nicht bewährt, die Zahl dieser Personengruppe ist in Mülheim nahezu unverändert. Die bisher gemachten Erfahrungen zeigen, dass es nicht günstiger ist, neben der Vermittlung durch die Agentur für Arbeit eine zweite Vermittlungsschiene zu führen, ohne sich untereinander zu verständigen. Die MBI treten dafür ein, dass eine Kooperation der Sozialagentur mit der Arbeitsagentur in Mülheim zur Selbstverständlichkeit wird, um den von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen weitere Möglichkeiten zur Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu bieten.

- Die Beratung durch MALZ und Styrumer Treff muss gesichert werden
- Wir treten dafür ein, den Langzeitarbeitslosen verstärkt „sinnvolle“ Umschulungs- bzw. Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten, um somit die Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz zu vergrößern. Dabei ist hier die Rede von einer Arbeitsstelle, deren Entlohnung die betroffenen Personen in die Lage versetzt, ein selbst bestimmtes Leben ohne finanzielle Unterstützung durch die Sozialsysteme zu führen.
- Der Aufbau einer seniorengerechten Struktur, die sich effektiv mit den wirklichen Wünschen, Belangen und Problemen älterer Menschen auseinandersetzt, ist unerlässlich. Dabei darf die Förderung kompetenter Ansprechpartner für soziale Fragen nicht außer Acht gelassen werden.
- Die MBI unterstützen die Einrichtung sozialer Netzwerke aus Selbsthilfegruppen in Zusammenarbeit mit privaten und kommunalen Dienstleistern, sowie den Erhalt und den Ausbau seniorengerechter, bezahlbarer, Wohn-, Lebens- und Freizeitstrukturen.
- Der Ausbau der U3 /Ü3 / Ganztagsbetreuung muss weiter vorangetrieben werden, wobei insbesondere die Stellenschlüssel für die U3 Betreuung angehoben werden müssen. Überbelegungen müssen so schnell wie möglich abgebaut werden.
- Bei der Ganztagsbetreuung in den Schulen sollen diese in die Lage versetzt werden, an allen Schulen in Mülheim diese Form der Betreuung anzubieten.

IV.) Grunddaseinsvorsorge und Beteiligungen

Wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge sind in Mülheim in einer der zahllosen GmbHs untergebracht (z.B. Abwasser, Abfall, Trinkwasser, ÖPNV). Alle städtischen Beteiligungen inkl. der noch 9 Mio. RWE-Aktien, der M&B als WirtschaftsförderungsGmbH, der MST als StadtmarketingGmbH, der SWB als mehrheitlich städtische Wohnungsgesellschaft, der jsg als Neben-Arbeitsagentur, der TheaterGmbH usw. werden von der Beteiligungsholding BHM verwaltet, unabhängig vom Kernhaushalt. Dieser Schattenhaushalt ist nicht mehr direkt dem Rat unterstellt, welcher nur noch den jährlichen Gesamtzuschuss an die BHM absegnen darf (zuletzt ca. 30 Mio. p.a.). An Rat und Kernhaushalt sowie Beamtenrecht vorbei werden damit nicht nur hochdotierte Geschäftsführerstellen wie zuletzt u.a. für Bonan geschaffen, es wurden auch sehr teure Investitionen getätigt, die die Stadt sich in dem Ausmaß nicht leisten konnte wie nicht benötigte Vergärungsanlage (Schaden ca. 20 Mio. €) die Modernisierung von Schloß und Stadthalle u.v.m. Diese Konstruktion führte auch dazu, dass alle wichtigen Entscheidungen in den Aufsichtsräten und damit nichtöffentlich behandelt werden. Besonders problematisch ist, dass viele dieser Teilgesellschaften des sog. „Konzerns Stadt“ teilweise privatisiert sind, wodurch die Nichtöffentlichkeit noch strikter gehandhabt wird.

Die MBI haben sich stets gegen die Privatisierung der Grunddaseinsvorsorge eingesetzt, ebenso gegen Cross-Border-Leasing (das inzwischen verboten ist und vielen Kommunen Millionenverluste gebracht hat) und sog. ÖPP (Öffentlich-Private-Partnerschaft) Modelle bei öffentlichen Gebäuden und Verkehrsbetrieben. Die beste Lösung wäre es aus Sicht der MBI, die Privatisierungen rückgängig zu machen, etwa in Kooperation mit anderen Städten.

Da die Re – Kommunalisierung der Ver – und Entsorgungsbetriebe ein zwar wichtiges, aber wegen der langfristigen Verträge nicht kurzfristig zu erreichendes Ziel ist, muss in der Zwischenzeit wenigstens die Transparenz und Kontrolle in den teilprivatisierten Gesellschaften deutlich verbessert werden. Leider weigerte sich die Ratsmehrheit 2016 bei

Verlängerung der medl-Verträge die vollständige Übernahme der RWE-Anteile durchzuführen und damit auch die SWB in vollständigen städtischen Besitz zu überführen. Ebenso wurde der Strom-Konzessionsvertrag 2012 vorzeitig mit dem RWE verlängert gegen erbitterten Widerstand der MBI. Doch die Zeiten der extreme RWE-Hörigkeit der Stadt sind vorbei, seit alle Anteile an Beteiligungen nun in 2020 auf Eon übergangen. Es ist nicht zu erwarten, dass Eon sehr lukrative Teile wie die Stromkonzession oder die medl-/SEM-Überschüsse veräußern wird, doch beim RWW als regionalem Wasserversorger mit Sitz in Mülheim ist das wahrscheinlich. **Deshalb muss ein Schwerpunkt der Stadt darin bestehen, Anteile dieses zentralen Bereichs der Daseinsvorsorge wieder in städtische Hand und Kontrolle zu bekommen, am sinnvollsten zusammen mit anderen RWW-Städten. Durch Verkauf der RWE-Aktien könnte diese größte Aufgabe der nächsten Zeit bezahlt werden.**

Für Gesellschaften wie MST, jsg usw., die zu 100% städtisch sind, fordern die MBI die Auflösung der GmbHs und Wiedereingliederung in den städtischen Haushalt.

V.) Keine weiteren Finanzexperimente

Weder weitere Privatisierungen, PPP-Modelle, noch erneute Spekulationsgeschäfte!

Die Stadt Mülheim hat in der Vergangenheit so gut wie kein abenteuerliches Finanzkonstrukt ausgelassen, angefangen von halb oder ganz missglückten Privatisierungen über den nur durch das Eingreifen der MBI verhinderten Versuch mit Cross – Border – Leasing und die Spekulation mit Zins- und Währungswetten (Verlust über 30 Mio. Euro) bis hin zu den Irrwegen der PPP – Modellen (Öffentlich Private Partnerschaft) bei Medienhaus, Feuerwehr, Schulen usw.. Der erfolgreiche Bürgerentscheid gegen weitere Privatisierung auch noch der Altenheime und der leider ganz knapp gescheiterte gegen PPP – Modelle wurden von den MBI wesentlich mitgetragen und initiiert.

Zum Einstieg in endlich seriösere Haushaltspolitik einige Forderungen im Schlusskapitel.

VI.) Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Bürgernähe

Die Kommunalpolitik in Mülheim hat seit den Wahlen 2014 einen beispiellosen Niedergang mitgemacht: Häufige Überläufe von Ratsmitgliedern zu Fraktionen, für die sie nicht gewählt wurden, mehr als bedenkliche Personalien wie das Hochhieven von Kämmerer Bonan zum ÖPNV-Chef und der Wahl ohne Auswahl von Mendack als Nachfolger, in beiden Fällen ohne Fachmann zu sein. Das jährliche Gehampel um Haushaltsverabschiedung war nur noch blamabel und die per Tischvorlage beschlossene exorbitante und rekordverdächtige Erhöhung der Grundsteuer um 39% genauso ein Schlag ins Gesicht vieler Bürger wie die skandalöse Missachtung des Bürgerwillens zur Wiedernutzung der mutwillig geschlossenen VHS. Die Krönung aber war das beschämende lange Theater um die Versuche, OB Scholten auszuschalten, was aber nicht möglich war. Alle Versuche des öffentlichen Meuchelmords durch seine eigenen SPD-Genossen sowie SPD-Dezernenten, unterstützt durch Scharfmacher anderer Fraktionen, mussten scheitern, fügten aber der Stadt und dem Ansehen der Demokratie schweren Schaden zu. Unabhängig von alledem haben sich nach und nach immer mehr Teile der Verwaltung verselbständigt, so dass diese häufig die Volksvertretung ähnlich übergang und missachtete, wie der Großteil des Rates seine Bürger. Vieles wurde zusehends in Mauschelrunden „vorgeklärt“ und betroffene Bürger abgewimmelt, häufig mit dem Hinweis, sie könnten doch klagen. Dieser erbärmliche Zustand der Kommunalpolitik erhielt mit dem Corona-lockdown einen weiteren Tiefschlag, da sich ganze Teile der Verwaltung mehr und mehr die Möglichkeit von Willkürentscheidungen zu eigen machten.

Spätestens nach den Kommunalwahlen am 13. September müssen nicht wenige fundamentale Bestandteile einer funktionierenden Demokratie vor Ort wieder aufgebaut und eingeführt werden, vor allem aber dürfen Rat und Verwaltung sich nicht erneut nur im eigenen Saft bewegen. Weitere notwendige Maßnahmen sind aus MBI-Sicht u.a.:

- Alle Gutachten und sonstigen Unterlagen müssen entsprechend den bestehenden Gesetzen den Bürgern und Politikern zugänglich gemacht werden, ohne überzogene Gebühren, ohne Verschleppung oder missbräuchliche Auslegung von Bestimmungen usw.
- Die Kontrolle und die Entscheidung muss bei der Politik liegen und nicht bei der Verwaltung, die ein erstaunliches „Eigenleben“ führt, z.B. an schon abgelehnten Projekten einfach weiterarbeitet oder Gutachten und Umfragen in Auftrag gibt, von denen auch die Politik nichts ahnt
- Ende aller Lärm-, Verkehrs-, Altlasten-, Kaufkraft-, und sonstigen Analysen oder Umfragen ohne konkrete Konsequenzen, soweit diese nicht gesetzlich vorgeschrieben sind (Beispiele: das teure und sehr umfangreiche Gutachten für den Lärminderungsplan, dem aber keine Lärmschutzmaßnahmen folgten; Altlastengutachten im Hafengebiet unter Ausklammerung des Fallwerks usw.)
- Straffung und Reduzierung der Anzahl der Ausschüsse, keine weiteren neuen „Beiräte“ (Gestaltungs-, Klima-, Innenstadt-, Infrastrukturbeirat u.ä.. ..)

VII.) Filz und Korruption bekämpfen

Die für das Ruhrgebiet berüchtigte SPD-Verfilzung von Politik, Verwaltung und Immobilienfirmen hat längst viele Facetten und Parteifarben angenommen. Die Versorgung von Politikern und Günstlingen mit hochdotierten Geschäftsführerposten in den ausgegliederten Gesellschaften führte in Mülheim zu einer Serie von Skandalen, u.a. Broekmanns, Bultmann, Brehmekamp, Möhlenbeck bis Rinas. Das einstige „Haifischbecken“ mit Hofmeister, Sparkasse und Mülheimer Wohnungsbau bestimmte lange Zeit die gesamte Mülheimer Stadtpolitik, eng verwoben mit der SPD. Nicht nur bei dem Millionengrab Ruhrbania, dem Standort für die Hochschule, dem Lindgens-Gelände, dem Kaufhofareal u.v.v.m. wurde der Stadtentwicklung mehr geschadet als genutzt. Seit einiger Zeit sind die Sozialkonzerne wie Diakonie, Caritas, AWO, Johanniter, Rotes Kreuz und PIA in immer größerem Stil für die Stadt tätig. Was sich dabei alles abspielt und nicht nur ordnungsgemäß läuft, kann man meist nur erahnen. Warum z.B. der AWO zwischenzeitlich der Konkurs drohte, wer weiß das schon? Wie es zu jahrelangen Unregelmäßigkeiten bei der Diakonie und der PIA kommen konnte, alles kein Problem? Betrachtet man die Riesenskandale auf dem Sozialsektor wie Frau Rogg oder das ZOF, so ahnt man, was auch in Mülheim noch unter der Decke schwelen könnte. Neben den o.g. Firmen sind im Gefolge der Flüchtlingskrise viele Vereine und Gesellschaften, häufig Grünen- und SPD-nah, wie Pilze aus dem Boden geschossen, um üppige öffentliche Gelder u.a. für Integration abzuschöpfen. Neueste Subventionsquellen beziehen sich meist auf Klima und Gleichstellung, in trauter Eintracht zu Gunsten von Grünen, SPD und CDU, seltener auch FDP-Klientel. Die Form von Filz und Korruption, von Vetter- und Cousinenwirtschaft ist nicht mehr so platt wie früher, muss aber eingedämmt werden, will Mülheim jemals wieder finanziell gesunden. Weiter fordern die MBI unabhängig von den Filzstrukturen:

- Personelle Konsequenzen bei Amtsmissbrauch, Fehlentscheidungen bei bewusster Fehlinformation gegenüber politischen Gremien oder anderen Verwaltungsmitarbeitern
- Schadensersatzansprüche auch gegenüber Beratern, Geschäftsführern und Amtsinhabern
- Ständige Kontrolle korruptionsanfälliger Bereiche wie u.a. des städtischen Immobilienservice, der Baugenehmigungsbehörde und der ausgefertigten „Sozialkonzerne“
- Keine teuren „Moderatoren“ für alle möglichen Diskussionsgrüppchen oder informellen Runden o.ä..

VIII.) Klimaschutz als oberste Priorität, aber realistisch!

Klimaschutz war im MBI-Wahlprogramm 2014 bereits ein vorrangiges Thema und die MBI forderten Klimaschutz als Querschnittsaufgabe. Das bedeutet, hohe Priorität bei allem, wie z. B: Flächenverbrauch, städtische Gebäude, Verkehr, Stadtplanung, Wasserschutz, Vermeidung von CO₂ –Emissionen und ebenso die vorrangige Berücksichtigung der nicht mehr abzuwendenden Konsequenzen des Klimawandels wie heißere Sommer, mehr Starkregen usw. bei der gesamten Stadtplanung.

Leider dauerte es Jahre, bis die MBI-Forderungen sich auf allen Ebenen durchgesetzt haben. Allerdings wird zu Vieles seit Fridays for Future naiv und weltfremd überhöht, was dann wirkliche Verbesserungen im Klimaschutz stark behindert. Auch der vom Rat beschlossene "Klimanotstand" ist rein symbolisch und wenig zielführend.

An dem Grundproblem, der Emission von Treibhausgasen, lässt sich auf kommunaler Ebene nur wenig beeinflussen. Inzwischen ist es auch nicht mehr die Frage, ob Klimapolitik sinnvoll wäre (mit Ausnahme einiger Irrweg-Themen wie dem sog. „Biosprit“). Das Problem ist vielmehr die Finanzierung. Die MBI treten dafür ein, Investitionen vorrangig in Gebäudesanierung und Energieeinsparung vorzunehmen. Die Notwendigkeit, den Autoverkehr einzudämmen, erfordert auch in Mülheim vor allem eine Verbesserung des ÖPNV als Alternative, was gerade in Mülheim bisher nur Chaos, Ratlosigkeit, Gutachteritis und Geldverschwendung bedeutete. Mehr dazu im Kapitel „**Den ÖPNV völlig umorganisieren und attraktivieren**“

Die Auswirkungen des Klimawandels vor Ort zu begrenzen, ist dagegen vorrangig eine kommunale Aufgabe. Das betrifft insbesondere die Vermeidung weiterer Bodenversiegelung, bzw. die Zurückgewinnung schon betonierter und bebauter Flächen. Versiegelte Böden erhöhen die Hochwassergefahr, senken den Grundwasserspiegel und verschlechtern das Stadtklima. Die heißeren Sommer erfordern zusätzliche Begrünung durch mehr und vor allem auch stärker bewachsene Flächen (also nicht bloß Rasen, ganz abgesehen von Steinvorgärten), Straßenbäume, Dach- und Fassadenbegrünung. Die Überschwemmungsbereiche der Ruhraue und des Rumbachtals inkl. der Hänge zum Tal hin müssen von jeglicher zusätzlicher Bebauung freigehalten werden wegen erhöhter Hochwassergefahr durch häufigere Starkregen.

Ein wesentlicher Bereich bei Klimafolgenanpassung muss im unbedingten Schutz der verbliebenen Teile der Regionalen Grünzüge bestehen. Die MBI haben deshalb den Antrag gestellt, die Flächen von Hexbach- und Winkhaustal und der Ruhrhöhen inkl. der Hänge zum Rumbachtal zu Tabuzonen für jegliche weitere Bebauung zu erklären. Nur so kann eine weitere Verschlechterung der Durchlüftung der Stadt aufgehalten werden. Noch wurde der MBI-Antrag verschoben und nicht richtig ernst genommen.

Das in den 90er Jahren begonnene Entsiegelungsprogramm wurde später sang- und klanglos ad acta gelegt. Für Ruhrbania wurde die Innenstadt zur Betonwüste, auch in den Stadtteilen, vor allem den Stadträndern wurden haufenweise Grünflächen und noch mehr Bäume dem Bauwahn der letzten Jahre geopfert. Als die MBI-Vertreterin A. Klövekorn einmal einen Zusammenhang zwischen Baumfällung und Filz andeutete, erfolgte umgehend eine Strafanzeige durch Frau ex-OB Mühlenfeld. Es bedurfte mehrerer absurder Gerichtsverhandlungen bis zum Freispruch.

Neuerdings dienen Fahrradwege als Rechtfertigung für großflächige Baumfällaktionen wie am Bahndamm in Broich oder entlang des geplanten RX 1 von Saarner Straße bis Katzenbruch. Selbst die Baumallee Leineweberstr. konnte nur durch massiven Bürgerprotest erhalten werden, nachdem in den Gremien einzig die MBI gegen die Entfernung gestimmt hatten. Kurzum: Trotz aller Lippenbekenntnisse, Gutachten zu Klimaschutz und sogar

Ausrufung von Klimanotstand hat sich bei grundlegenden Fragen in Rat und Verwaltung wenig geändert. Die MBI fordern deshalb weiterhin:

- Neuauflage eines umfassenden Entsiegelungsprogramms für Schulhöfe, Verkehrsflächen, Parkplatzflächen usw.
- Wieder-Begrünungsprogramm insbesondere für die Innenstadt mit Bäumen
- Kein weiteres Vergolden von Ackerflächen wie geplant an der Tinkrathstr., dem Fulerumer Feld, dem Schlippenweg oder in Selbeck usw.

Die „Klimainitiative Mülheim“ mit knapp 100 000 €/Jahr zu subventionieren, ist Geldverschwendung, denn sie machen nur die gleiche Öffentlichkeitsarbeit, die auch schon von vielen anderen (medl, Verbraucherberatung, Internetangebote) geleistet wird.

IX.) Alt- und Innenstadtentwicklung, Stärkung der Stadtteile

Neben den zahlreichen Innenstadtgutachten und -wettbewerben hat die Stadt seit vielen Jahren auch für die meisten Stadtteile Konzepte erarbeiten lassen, teils in sehr aufwendigen und durchaus vorbildlichen Verfahren unter Einbeziehung der Bürger. Aber genau wie die Innenstadtpläne verstauben auch die Stadtteilkonzepte in den Schubladen, und wenn am Horizont ein Investor auftaucht, werden die Bedenken der eigenen Verwaltungsstelle, die die Stadtentwicklung geplant hat, über den Haufen geworfen. Besser verlief das bei der Altstadt, wo die Bürger die hochtrabenden Pläne eines van Emmerich verhindern konnten.

- Die Altstadt wurde so nicht zuletzt durch die Aktivitäten von Pro Altstadt im letzten Jahrzehnt deutlich aufgewertet (Weihnachtsmarkt, Anwohnerparken, shared space und Parkhaus ev. Krankenhaus). Die Ausdehnung von Anwohnerparken auf die Wohnbereiche auf der anderen Seite der Kaiserstr. muss gegen die Verwaltung durchgesetzt werden!
- Vorhandene Stadtteilkonzepte, wie für Styrum, Dümpten, Heißen müssen weiterentwickelt und umgesetzt werden bzw. wie in Speldorf ganz neu erarbeitet (da hier die Umsetzung des vorhandenen Konzeptes nicht mehr möglich ist)
- Keine Baugenehmigungen, die vorhandenen Konzepten zuwiderlaufen und alles wieder in Frage stellen
- Stärkung der Stadtteilzentren, auch durch Verbesserung von Infrastruktur, z.B. dazu auch Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, z.B. Speldorfer Süden zum Speldorfer Zentrum
- Erhalt von vorhandener Struktur mit kleineren Geschäften im fußläufigen Wohnbereich und Schutz bzw. Förderung von fußläufigen Einkaufs-, Freizeit- und Naherholungsmöglichkeiten in allen Stadtteilen
- Große Möglichkeiten für zukunftsweisenden Städtebau gibt es in Speldorf. Zum einen die gesamte Neuplanung für das Tengelmangelände, wobei auch das untergenutzte große Gelände des ehemaligen Bhf Speldorf mit einbezogen werden sollte. Zum zweiten: Nach der Verlagerung des skandalösen Fallwerks Jost von der Weseler Straße an die Timmerhellstraße muss die Möglichkeit der Nutzung der 33.000 qm an der Nahtstelle zwischen Gewerbegebiet Hafen und den Stadtteilen Speldorf/Broich inkl. der HRW für notwendige städtebauliche Verbesserungen sowohl verkehrlich, als auch z.B. mit der Ansiedlung hochschulaffiner Nutzung angegangen werden. Die bisherigen Vorschläge und Anträge der MBI wurden mit Rücksicht auf den Grundstücksbesitzer ignoriert oder abgelehnt. Ergebnis ist die jahrelange Brache, eine städtebauliche Schande.

X.) Sinnvollere Verkehrsplanung

Für Verbesserungen in der berüchtigten Mülheimer Verkehrsführung, der hundsmiserablen Ampelschaltung und natürlich im öffentlichen Nahverkehr, für Fußgänger und Radfahrer.



1.) Zum Individualverkehr

Nachdem der Bau der Emmericher Straße verhindert wurde, besteht wohl nicht mehr die Gefahr neuer überdimensionierter Straßenbauprojekte. Trotzdem wurde und wird eine Menge Geld für den Straßenbau im Rahmen von Ruhrbania ausgegeben, mit chaotischen Ergebnissen (Mülheimer Verkehrsführung oder „Wenn der Navi versagt ...“). Doch die gesamte, sündhaft teure Ruhrbania-Verkehrsführung mit Baulos 1 (u.a. Überbauung Ruhrstr.), Baulos 2 (u.a.

Abriss aller overflies von der Nordbrücke) ist bei Baulos 3 (2-Ri-Verkehr Klöttchen und Abriss Hochstr. Tourainer Ring) noch nicht „vollendet“. Die MBI haben sich immer für die Verkehrsberuhigung im Klöttchen eingesetzt, das Gegenteil wurde jetzt mit dem Zweirichtungsverkehr realisiert. Noch aber droht auch der Rest von Ruhrbania-Baulos 3, die Niederlegung der Hochstraße Tourainer Ring.

Die MBI sind für Sanierung und Verbesserung der Fahrradwege und möglichst eine durchgängige West-Ost-Innenstadt-Radwegeverbindung. Den Bau der „Radautobahn RX1“ durch das gesamte Ruhrgebiet kommt an diversen Stellen nicht voran, in Mülheim ab der Hochschule Ri. Duisburg. Auch nach Jahren ist weder geklärt, ob die Bahn die Flächen freigibt, wie der Bahnübergang Heerstr. gestaltet werden kann und vor allem müssen betroffene Anlieger endlich vorher einbezogen werden.

Auch wenn Radwege und Stärkung des Radverkehrs eine wichtige Aufgabe darstellen, gilt:

- Für Radfahrer und Radwege muss endlich das gleiche Recht gelten wie für andere Verkehrsteilnehmer auch. Ob auf dem Leinpfad, der Schlossstr., an Ampeln usw.
- Rechtfertigt Radwegbau keinen Umweltfrevl durch massenhaftes Baumfällen wie beim Rampenbau am Stadthallenparkplatz, im weiteren Verlauf des geplanten RX 1ab Saarer Str. oder im Uhlenhorst usw.
- Darf Radwegbau nicht benutzt werden, um z.B. die illegale Stilllegung des Flughafenasts der StraBa-Linie 104 nachträglich zu legalisieren!

Zur besseren Versorgung der Bevölkerung und zur Reduzierung des Autoverkehrs sollte ein Sammeltaxisystem, durchaus auch in Kooperation mit privaten Firmen, nach modernsten Gesichtspunkten zu den wichtigsten Verkehrszielen der Stadt aufgebaut werden, beginnend mit bisher schlecht angebundenen Quell- oder Zielgebieten wie aus dem Speldorfer- und Broicher Süden, aus Teilen von Dümpten und, und ... zu Lidl, Aldi in Speldorf-Nord, zum Heifeskamp, zu den Discountern an der Essener und der Düsseldorfer Str. u. ä.. Danach könnte das erweitert werden zu großen Schulen/Schulzentren, zum RRZ, zur Innenstadt usw..

XI.) ÖPNV als Verkehrsalternative und wichtiger Standortfaktor benötigt völlige Umorganisation plus Attraktivierung

“Der Nahverkehr im Ruhrgebiet soll besser werden. Das sieht ein Vorstoß der Oberbürgermeister vor. Der Elf-Punkte-Plan hat es in sich.”, so die WAZ vom 27.5.20. Doch: Alles ungezählt oft in Sonntagsreden bereits gehört. Passiert ist über Jahrzehnte sehr wenig. Hauptpunkt des neuerlichen Vorstoßes rechtzeitig zur Kommunalwahl ist „natürlich“ die Forderung nach Milliarden-Hilfen von Bund und Land. Andere zentrale Punkte wie ein gemeinsamer Nahverkehrsplan oder die Fusion der Einzel-Verkehrsgesellschaften sind dagegen nur angedeutet und alles andere als verbindlich. Aus sich heraus werden die diversen

Einzelkirchtürme nicht willens und dazu in der Lage sein aus bekannten Gründen. Die MBI wiederholen deshalb ihre jahrelange Forderung:



Die Aufsichtsbehörden in Düsseldorf müssen Mülheim und den Nachbarstädten die Entscheidungshoheit zumindest vorläufig und teilweise entziehen und selbst die Regie übernehmen, zumindest beim brisanten und hochsensiblen Thema ÖPNV-Zukunft. Dazu gehört als erstes auch, dass die Aufsichtsbehörde unverzüglich zumindest für das westliche Ruhrgebiet der DEMO-Städte (DU, E, MH, OB) einen gemeinsamen Nahverkehrsplan in die Wege leitet. Der

Aufbau einer einzigen Verkehrsgesellschaft muss als mittelfristiges Ziel ebenfalls schnellstmöglich angegangen werden, womöglich mit dem Zwischenziel von 2 ÖPNV-Gesellschaften – eine für das westliche und eine für das östliche Ruhrgebiet.

Lässt Düsseldorf z.B. die konzeptlose Stadt Mülheim, mittendrin im DEMO-Bereich mit seinen bereits 1,5 Millionen Menschen, weiter vor sich hin wurschteln und chaotisieren, betrifft das empfindlich auch die angrenzenden Nachbarstädte, die bzgl. ÖPNV ohnehin alle große Defizite aufweisen!

Die Coronakrise hat den gesamten ÖPNV massiv zurückgeworfen. Ein „Weitermachen wie gehabt“ wird auf Dauer nicht mehr möglich sein. Umso wichtiger wird es werden, jetzt endlich die dringend erforderlichen Strukturreformen im ÖPNV schnellstmöglich einzuleiten! **Schließlich ist der ÖPNV im Ruhrgebiet der gleichzeitig teuerste und ineffektivste Nahverkehr aller deutschen und sogar europäischen Ballungsgebiete!**

XII.) Flächenverbrauch, Bauwut und Zerstörung verringern

Durch inflationäre Ausweisung von neuen Wohnbauflächen und Gewerbegebieten versuchen die Ruhrgebietsstädte, sich gegenseitig Einwohner und Gewerbebetriebe wegzunehmen. Zusätzlich wird mit geradezu abenteuerlichen Baugenehmigungen nach §34 BauGB (Baulückenschließung) im Innenbereich verdichtet, was das Zeug hält,

Aber auch die Nutzung für Freizeitanlagen, wie z.B. Golfplätze, oder die Erschließung auch des letzten Winkels durch Wanderwege oder Fahrradstraßen sind in dem Sinn Flächenverbrauch, dass diese Bereiche mehr oder weniger ihre ökologische Funktion verlieren. Mülheim hat in der Ruhraue mit dem durch europäisches Recht geschützten Flora-Fauna-Habitat-Gebiet und den wertvollen Wassergewinnungsflächen, die seit Jahrzehnten nicht betreten werden dürfen, insbesondere auch für seltene Vogelarten viel zu bieten. Aber auch die Bachläufe stellen eine Besonderheit dar, eine möglichst großzügige Schutzausweisung der Bachtäler ist notwendig.

Weitere MBI-Forderungen zur Flächennutzung im einzelnen:

- Schluss mit den Plänen von „floating homes“ auf der Ruhr!
- Ausweisung von striktem Naturschutz für alle Wassergewinnungsflächen
- keine weiteren Bebauungspläne für Wohn- und Gewerbegebiete in bestehenden Grün- und Freiflächen, auch nicht in gesetzlich weniger geschützten Garten- oder Grabelandflächen wie an der Holz-, der Kamp- oder der Gertrudstraße
- restriktivere Handhabung des §34 im Innenbereich und des § 35 im Außenbereich (z.B. Friedhofstraße, Otto-Pankok-Straße, Rücknahme Landschaftsschutz Aubergweg, Lönsweg, Stockweg die alle von den MBI abgelehnt wurden)

- Sicherung gefährdeter Blockinnenbereiche, sogenannter Baulücken und Siedlungsränder durch entsprechende Bebauungspläne mit Sicherung vorhandener Freiflächen
- Einstampfung insbesondere der Bebauungspläne Schlippenweg, Velauer/Tinkrathstr./Str./Diepenbeck, Dafür sollen Bebauungspläne in Problemgebieten, die seit Jahren auf Eis liegen, genau dort weiter geführt und rechtsgültig gemacht werden, um damit Lösungen zu erhalten (ob in der Nordstadt, an der Weseler Str. oder am RRZ oder ...), denn B-Pläne sind Regelungsinstrumente für städtebauliche Entwicklung
- Großzügigere Schutzausweisung naturschutzwürdiger Gebiete, entsprechende Ausweitung der Schutzgebiete im Landschafts- und Flächennutzungsplan (ohne jedem bauwütigen Grundstücksbesitzer oder Landwirt nachzugeben wie Schulden-Baumer an Tilsiter Str./Oppspring oder Tinkrathstr. bzw. der Gärtnerei Rumbaum in Selbeck usw.)
- Regionaler Flächennutzungsplan nicht nur als Aneinanderreihung der FNPs der einzelnen Städte, sondern für das Ende der konkurrierenden Planungen

XIII.) Kultur

Kultur ist tragende Säule einer Gesellschaft und trägt zu Bildung und Unterhaltung bei. Kultur hilft im entscheidenden Maße, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln, das kreative Denken und Handeln zu fördern und damit den Menschen zu stärken und zur gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen.

Kulturpolitik muss ins Zentrum der Stadtpolitik gerückt werden!

Sie darf nicht als Finanzlast begriffen werden, sondern als notwendige Pflicht und als wichtiger Standortvorteil.

Zwei hervorragende Beispiele für erfolgreiche **Kultur von unten** durch das Engagement von Bürgern sind die Alte Dreherei als Vereins- und Kulturzentrum und die vorbildliche Wiederbelebung des Kleinods der Freilichtbühne durch die Regler. Gegen viele Widerstände seinerzeit aus Verwaltung und Politik haben die MBI beide Projekte nach Kräften unterstützt. In der Folgezeit sind sie zu echten highlights unserer Stadt geworden, womit sich inzwischen auch einstige Gegner brüsten. Das ist nicht das Schlechteste! Etliche Kulturprojekte wie das Ledermuseum oder die Künstlergruppe AnDer u.v.m. müssen der Stadt erhalten bleiben.

Inwieweit die sog. hohe Kultur wie das Theater am Raffelberg, die Stücke, das Museum usw. in der aufziehenden Rezession weitergeführt oder z.B. mit Nachbarstädten kooperieren werden müssen, ist noch nicht absehbar.

Auflösung der hoch defizitären MST (Mülheimer Stadtmarketing Tourismus GmbH) und Aufteilung in Kulturbetrieb, Immoservice und städteübergreifende Tourismusgesellschaft

XIV.) „Freizeit und Sport“ in Mülheim

- Die Zusammenarbeit zwischen Kitas, Schulen und Sportvereinen verbessern.
- Die Projekte zur Integration und Jugendarbeit in den Vereinen fördern.
- Sportmöglichkeiten sozialverträglich anbieten. (zum Beispiel: „Mülheim-Pass“)
- Die Sportstätten und Freizeitanlagen erhalten, modernisieren und bedarfsgerecht ausbauen.
- Sportlerinnen und Sportler, die in Mülheim und Umgebung leben und in Mülheimer Vereinen trainieren, gezielt fördern.
- Mehr Sport- und Bewegungsangebote für Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen vor Ort sichern und bedarfsgerecht ausbauen.
- Zusätzliche Sport- und Bewegungsangebote ermöglichen (auch außerhalb von Vereinen)
- Die Sportselbstverwaltung stärken
- Sport sollte der aktiven Freizeitgestaltung, der Gesundheit und nicht dem Kommerz dienen
- **Sport ist für alle da und muss bezahlbar sein.**
- Die MBI setzen sich jederzeit für den Erhalt des Naturbades Styrum ein.
- Mindestens eine weitere Skateranlage im Stadtgebiet wird benötigt, selbst wenn die Pläne für Saarn sich nicht verwirklichen lassen sollten.
- Auf den Bau der geplanten Dreifach-Sporthalle, Kosten bereits über 10 Mio. €, sollte verzichtet werden.

Aus all den o.g. Punkten heraus im folgenden die wichtigsten MBI-Forderungen:

MBI-Oberziele zu den Kommunalwahlen 2020

- ✓ **Transparenz und Bürgernähe** durch frühzeitigere Information und Beteiligung, **Bürgerbegehren-/entscheide zulassen und umsetzen!**
- ✓ verstärkte **und schonungslose Bekämpfung von Korruption, Filz, Vettern- und Cousinenwirtschaft**
- ✓ **Gutachteritis, Luftschlösser, Prestigeprojekte** u.ä. **beenden bzw. begrenzen**, ob weitere Ruhrbania-Baufelder, Abriss Hochstr. Tourainer Ring, VHS-Verlagerung, 3-fach-Sporthalle, „schwimmende Häuser“ auf der Ruhr uswuf..
- ✓ **neuer Schulbedarfsplan** wegen stark gestiegener Kinder- und Schülerzahlen, d.h. **größeres Grundschulangebot inkl. OGS und die 4. Gesamtschule!** Daher: **Kein Verkauf von Schulgrundstücken mehr!**
- ✓ **baldige Wiedernutzung der VHS in der MüGa** ohne Wenn und Aber gemäß des erfolgreichen Bürgerentscheids
- ✓ **Loslösung vom RWE** durch Verkauf oder Tausch der Aktien z.B. gegen medl- oder vor allem RWW-Anteile zur **Rückgewinnung städtischer Autonomie**
- ✓ unverzügliche Umorientierung der Stadtpolitik hin zur **Ruhrstadt** oder zu einer **Teilmetropole DEMO** (DU, E, MH, OB), d.h. auch Verschmelzung ganzer Teilbereiche mit Nachbarstädten, u.a. gemeinsamer **ÖPNV** mit fusionierter Verkehrsgesellschaft, dazu eine einheitliche **Gewerbesteuer**, koordinierte **Baulandausweisung** mit zuvor festgelegten Tabuzonen, Zusammenlegung und Arbeitsteilung von Behörden sowie Gesellschaften
- ✓ Verbesserung des ÖPNV durch den Zusammenschluss mit den Verkehrsgesellschaften im umliegenden Ruhrgebiet (weniger Kosten, Vereinheitlichung und Attraktivierung des Angebots, gemeinsamer Nahverkehrsplan)
- ✓ Sukzessive **Auflösung aller Ausgliederungen** wie MST, M&B, jsg usw. und Rücküberführung in den Kernhaushalt bzw. in gemeinsame DEMO-Bereiche
- ✓ Den **Immobilienervice (IS)** auf völlig andere Füße stellen, das Rathaus schnellstmöglich in städtisches Eigentum überführen, um Wuchermieten zu sparen
- ✓ Klimaschutz durch **verbessertes Mikroklima** (mehr Innenstadt- und Straßenbäume, Entsiegelung und Schutz der Grün- und Kaltluftentstehungsgebiete in Winkhausen, Selbeck, Auberg, Rumbachtal usw.)
- ✓ **Rücknahme der unverhältnismäßigen Grundsteuererhöhung, transparentere Gebührenbescheide, Straßenbaubeiträge mit Landeszuschüssen halbieren**
- ✓ **Haushaltssanierung als allerobere Priorität!!**
- ✓ **u.v.v.m. und, oder, und, oder**

Mülheim braucht Vieles, vor allem aber die

Wiederbelebung der lokalen Demokratie!

VHS Bürgerentscheid umsetzen!
Ohne Wenn und Aber!



Mülheimer Bürgerinitiativen
MBI

Nötig wie nie

Nötig wie nie
MBI



den Filz!

Für Transparenz.
Es ist unsere Stadt.

Verkehrsgesellschaften vereinigen

Kosten sparen

Angebot verbessern



Mülheimer Bürgerinitiativen
MBI
wählen

MBI Mülheimer Bürger Initiativen - Kollmannring 1 - 45149 Mülheim/Ruhr